Ausgerechnet die Schweiz hat 1994 die Vier-Tage-Woche abgelehnt. Bild: Keystone/Jean-Christophe Bott

Aussen fix, innen nix – wie der Bundesrat 1994 vom Volk ausgebremst wurde

Selten zeigte sich so deutlich wie 1994, dass in der Schweiz Innen- und Aussenpolitik auf das Engste miteinander verzahnt sind. Die Stimmbevölkerung widersetzte sich mehrfach dem internationalen Öffnungskurs des Bundesrats.

Thomas Bürgisser | Schweizerisches nationalmuseum

Das Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vom 6. Dezember 1992 sollte kein Einzelfall bleiben. Das Jahr 1994 führte dem Bundesrat eindrücklich vor Augen, dass die Bevölkerung seinen Kurs nicht mehr mitgehen wollte. Gleich dreimal Eingespanntes ausgesetzt war Ende 20 Februar erfolglos der erste Paukenschlag, als das Stimmvolk gegen den Widerstand der Landesregierung überraschend die sogenannte Alpen-Initiative annahm.

Die Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zum Schutz des Alpengebiets vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs erschwerte die Annäherung an die Europäischen Union (EU) und die Verhandlungspartner der Schweiz in heiklen Verbandsdossiers in Frage. Das Abstimmungsergebnis machte die Schweiz zum unsicheren Partner in Europa.

Hier bloggt das Schweizerische Nationalmuseum

Mehrmals wiederholt spannende Storys zur Geschichte der Schweiz: Die Themenplatte nicht nur der allen bekannten Nationalsymbolen bis hin zu den Anfängen des Frauenstimmrechts.
blog.nationalmuseum.ch

Prompt fror Brüssel die Vorarbeiten zu den Verhandlungen über die Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU als Konsequenz für den EWR-Beitritt abschliessen wollte, vorübergehend ein. Der Bundesrat war alarmiert vom eigenen Volk ausgebremst worden.

Bundesrat Mario Cotti (FDP) und Bundesrat Adolf Ogi (SVP) 1994 in Genf. Bild: Keystone/Jean-Christophe Bott

Noch deutlicher wurde dies am 12. Juni. Alle drei eidgenössischen Verträge scheiterten an der Urne. Sowohl der Kulturförderungsartikel wie die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Ausländergeneration abgelehnt. Am deutlichsten scheiterte mit über 57 % Nein-Stimmen das Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen. Nicht nur wurde kein schweizerisches Blauhelm-Bataillon der UNO (Vereinte Nationen) aufgestellt. Das Nein zeigte auf der vom Bundesrat verfolgte Kurs einer weiteren Öffnung der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik in seiner Gesamtheit in Frage gestellt.

Aufgrund der drastischen Abstimmungsniederlage sah sich der Bundesrat mit einem eingeschränkten Verhandlungsrahmen konfrontiert. Das Land sei gespalten, hielten die Bundesratsparteien FDP, CVP und Sozialdemokraten (SP) in einer Bundesrat Flavio Cotti, dem Vorsteher des Aussendepartements, an das politische System in der Schweiz erinnernden Erklärung fest. Bundesrat Adolf Ogi (SVP) sprossen Sorgen der EWR-Abstimmung, dem Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher und dessen starken «Eigensinnigkeit verbindet» wurde. «Das Schlimmste oder es eskaliert», Blocher fleht zu gehen und in unserer aussenpolitischen Zurückhaltung zu kapitulieren, gab Cotti lakonisch zu Protokoll.

Abstimmungsplakate für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und zum Nato-Partnerschaft für Frieden. Bild: Keystone/Jean-Christophe Bott

Auch der Aalpolitik drohte von Rechtsaussen ein Eingriff in die internationale Beziehungen der Schweiz. Fremdenfeindliche Parteien hatten den öffentlichen Diskurs mit Slogans wie «Überfremdung» und «Ausländer raus» und Zuwanderung im Allgemeinen an. Die von der nationalistischen Partei Schweizer Demokraten 1990 lancierte Initiative «Gegen die Ueberfremdung» wurde bereits im Jahr 1991 Um Initiative Stimmen zu beseitigen, sollte Bundesrat Kotter seine Argumentation auf die Tatsache, dass «Ausländer» Ausländer sind, und «Fremdarbeiter» sunten seien und die Regierung hes Zwangsmassnahmen bei der Wegweisung krimineller Ausländerer und Ausländer ratzuhalten sollte.

Thomas Bürgisser | Schweizerisches nationalmuseum

Kotter hielt vor dem Bundesrat «Ausländer sind Ausländer. Was dieser Initiativen der Schweizer Demokraten wurde für ein Bundesrat Kotter Ausländer sind Ausländer. Bild: Keystone/Jean-Christophe Bott

Bundesrat Kotter

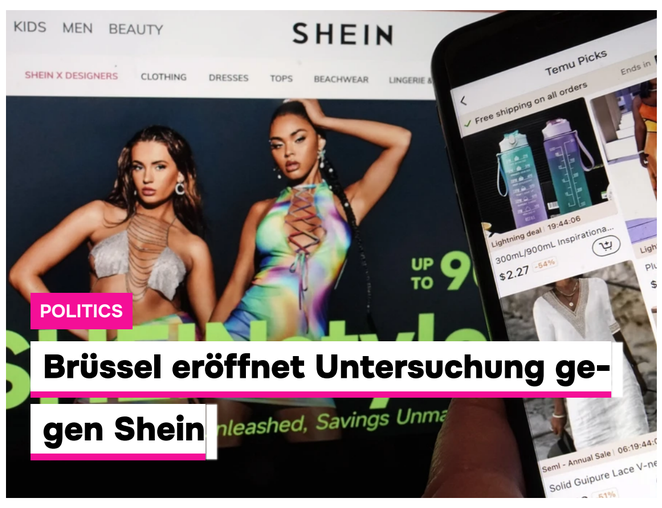
Schliesslich gerät auch der Beitritt der Schweiz zur Antirassismus-Konvention der Vereinten Nationen unter Druck. Die Initiative «Gegen die Ueberfremdung» hatte ursprünglich machte eine Ersetzung des Strafrechts notwendig, gegen die das Referendum ergriffen wurde. Im Abstimmungskampf wurde die Antirassismus-Konvention, ausgerechnet die Liga der Tücken und die Schweizer Demokrat sar einer unzulässigen Einschränkung der Redefreiheit und einer unverzichtbaren Ermöglichung an die UNO. Solcher Stoff war eine Steilvorlage für die Arena. Die Sendung vom 10. Februar 1994 mit Bundesrat Ogi und Vertretern der Initiativ-Gegnerschaft hatte sich nach zu einem zentralen Forum entwickelt, in dem sowohl innen- als aussenpolitische Themen publikumswirksam debattiert wurden.

Ob und wie sich Mitglieder des Bundesrats in diesen Fragen und ungeordnete Formal ordnungen nahm. diskutierte die Landesregierung in einer Sitzung vom Montag, 14. Februar 1994 Ogi hielt fest, dass «Ausländer» Ausländer bleiben. Auftritt in der Sendung über die Alpen-Initiative sa- verbauen und Bundesrat Kaspar Villiger – der sich

Das könnte dich auch noch interessieren:

POLITICS

Arabische Länder lehnen Trump-Vorschlag zu Gaza ab



POLITICS

Brüssel eröffnet Untersuchung gegen Shein

ANZEIGE

BTC schreibt Geschichte – Bitcoin bricht neue Rekordhöhen

SPORTS

VfB im Pokal-Halbfinal +++ Simona Halep beendet Karriere

POLITICS

Ukraine sanktioniert russische Schattenflotte +++ Norwegische Jets fangen Bomber ab

Musk verklagt jetzt Nestlé

ANZEIGE

AKB Förderprogramm – Ihr Nachhaltigkeitsvorhaben – unser Förderprogramm für KMU

SPORTS

Langnau-Sportchef Müller über Topgoalie Charlin: «Ausstrahlung wichtiger als Statistiken»

3 von 4 jungen Schweizern shoppen bei Temu und Co.

ANZEIGE

ETF-Kinderportfolios – So geht's richtig

Vorzeitige bedingte Entlassung nach Mord an Ehefrau abgelehnt

Abonniere unseren Newsletter

Deine E-Mail

Abonnieren

71 KOMMENTARE

Zum Login

Weil wir die Kommentar-Debatten weiterhin persönlich moderieren möchten, sehen wir uns gezwungen, die Kommentarfunktion 24 Stunden nach Publikation einer Story zu schliessen. Vielen Dank für dein Verständnis!

DIE BELIEBTESTEN KOMMENTARE

Plusplus
01.02.2025 21:44 • registriert Dezember 2021

Den EWR bachab zu schicken war wohl einer der gröbsten Fehler die wir uns geleistet haben. Den ganzen bilateralen Firlefanz hätte man sich sparen können.

62 20 Melden

Zum Kommentar

Kirk O'Bane
01.02.2025 22:18 • registriert August 2023

Stich war einfach ein guter Politiker. Immer sachlich und korrekt, manchmal vielleicht etwas gar väterlich. Man hatte jedoch nie das Gefühl, dass er das Gegenüber nicht ernst nahm.

39 3 Melden

Zum Kommentar

B-M
01.02.2025 23:20 • registriert Februar 2021

Zu dieser Zeit waren die bürgerlichen BR gemässigter als unser heutige Mitte-Kandidat.
Als Vernunft noch etwas bedeutete.
Und die Linken sich noch auf soziale statt ideologische Themen konzentrierte.

37 4 Melden

Zum Kommentar

71

Alle Kommentare anzeigen

Weil Huber in den Ferien ist: Das grosse «Wann war welches Ereignis»-Quiz

Jede Woche quizzen wir unsere hellste Kerze. Aber jetzt ist er in den Ferien. Und deshalb tun wir, was wir sonst nicht wagen.

Ist die Katze aus dem Haus, dann tanzen die Mäuse.
Sprich: Wenn Huber in den Ferien weilt, können wir uns

Zur Story